### Stadt Bergisch Gladbach Der Bürgermeister

Datum 12.09.2018 Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport Schriftführung Petra Weymans Telefon-Nr. 02202-142554

### **Niederschrift**

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport Sitzung am Donnerstag, 21.06.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 17:05 Uhr

### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### Tagesordnung

- Ö Öffentlicher Teil
- Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der 1 ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung
  - öffentlicher Teil -
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur Schule und Sport am 21.03.2018 - öffentlicher Teil -0239/2018
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1	Mitteilung des Bürgermeisters - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Köln über die Nutzung des Systems "DiPS.kommunal zur elektronischen Langzeitarchivierung 0174/2018
6	Sachstand Schulsanierungen
7	Präsentation der Ergebnisse der Projektgruppe der FHöV zum Thema "Wie kommt die Kultur zu den Jugendlichen"
8	Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2018/19 0123/2018
9	Zukünftige Konzeption der Bäderlandschaft in Bergisch Gladbach 0211/2018
10	Aktionsplan Inklusion 2018 – 2022 0164/2018
11	Stadtbücherei - Jahresbericht 2017 0196/2018
12	Nutzungsmöglichkeiten des Kellergeschosses der Integrierten Gesamtschule Paffrath für Vereine aus Sport und Kultur 0242/2018
13	Anträge der Fraktionen
13.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!" 0208/2018
13.2	Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion "Pakt für Kultur"
14	Anfragen der Ausschussmitglieder
14.1	Anfrage der FDP-Fraktion Datenschutz-Grundverordnung DSGVO und Breitbandversorgung/schnelles Internet an Schulen 0244/2018

### Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

# 1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>

Herr Neu eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste, Anlage 1) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Neu weist auf den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion hin, die Verwaltung im Rahmen des "Pakts für Kultur" mit der Erstellung eines Kennzahlensystems für jede Kultureinrichtung der Stadt zu beauftragen. Ebenso solle der entsprechende Finanzbedarf ermittelt werden – möglichst jeweils 2-3 Varianten. Dieser Antrag liege den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Nach Meinung der CDU- und SPD-Fraktion bestehe eine gewisse Eilbedürftigkeit, da die Kennzahlen und der Finanzbedarf vor den nächsten Haushaltsberatungen vorliegen sollten. Er schlage daher vor, den Antrag als TOP Ö 13.2 in die Tagesordnung aufzunehmen. Ferne schlage er vor, die Sitzung kurz für das Lesen der Tischvorlage zu unterbrechen.

Die Sitzung wird von 17:02 - 17:05 Uhr unterbrochen.

Der Ausschuss fasst einstimmig den Beschluss die Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion zu erweitern.

Herr Neu empfiehlt den TOP 13.1 – Antrag der FDP-Fraktion zusammen mit dem TOP Ö 8 zu beraten. Der Ausschuss zeigt sich damit einverstanden.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Winterscheidt bemängelt zu TOP Ö9 die Wiedergabe des Wortbeitrages von Herrn Kraus. Hier werde nur von flexibleren Arbeitszeitmodellen gesprochen. Seiner Meinung nach habe Herr Kraus gesagt "dass die Eltern doch etwas flexibler sein könnten, man könnte doch schließlich auch abends arbeiten gehen." Er finde, dies solle im Protokoll erwähnt werden.

Herr Rockenberg entgegnet, gemäß Geschäftsordnung solle die Niederschrift eine gedrängte Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und die Beschlussfassung enthalten; somit würden in der Regel die Fraktionsmeinungen wiedergegeben.

[Anmerkung der Schriftführung nach erneutem Abhören der Tonaufnahme: Herr Kraus hat u.a. gesagt, er erwarte von der Gesellschaft eine höhere Flexibilität was die Arbeitszeitmodelle für die Eltern beträfe. "Da könne man sicherlich auch an Abendstunden und anders arbeiten".]

Die Niederschrift wird vom Ausschuss bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich genehmigt.

# 3. <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur Schule und Sport am 21.03.2018 - öffentlicher Teil - 0239/2018</u>

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Neu teilt mit, er habe einen Brief der Integrierten Gesamtschule Paffrath erhalten. Danach hätten die Schulpflegschaft und die Schulkonferenz den Beschluss gefasst, die Rolle einer Schwerpunktschule für Inklusion im Sinne des Sprachgebrauchs der derzeitigen Landesregierung abzulehnen. Dieser Brief sei auch an die Schulministerin gerichtet. Er werde das Schreiben an die Verwaltung weiterleiten. Auch werde es dem Protokoll beigefügt (Anlage 2).

#### Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Martmann teilt mit, eine entscheidungsfähige Vorlage zum neuen Personalkonzept für die Musikschule werde dem Ausschuss zur Septembersitzung vorgelegt. Die Aufarbeitung des Themenfeldes, mögliche strategische Modelle sowie die Entwicklung eines Entscheidungsvorschlages der Verwaltung nehme mehr Zeit in Anspruch als gedacht.

Frau Scheerer bittet um zeitnahe Zusendung des Konzeptes, damit die Fraktionen in Ruhe darüber beraten könnten. Kurz nach dem ABKSS tage auch der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss mit dem Thema Flächennutzungsplan.

Herr Rockenberg erklärt zur BAMF-Problematik, die Verwaltung habe am 04.06.2018 bei einem Gesprächstermin im BAMF – Außenstelle Köln einen Neuantrag auf Zulassung als Kursträger gestellt. Das Gespräch mit den Vertretern des Bundesamtes habe in einer konstruktiven und lösungsorientierten Atmosphäre stattgefunden. Eine Entscheidung werde im Laufe des Juni 2018 erfolgen. Die Verwaltung sei optimistisch, dass die VHS die Zulassung – wenn auch zunächst auf 1 Jahr befristet - wieder erhalte. Der Ausschuss werde weiterhin informiert.

Auf Bitte von Herrn Komenda zu prüfen, ob die Integrationskurse nach 8:00 Uhr beginnen könnten, damit die Teilnehmer ihre Kinder vorher noch in die Kindertagesstätte oder in die Schule bringen könnten, antwortet Herr Rockenberg, dies sei bereits mit der VHS besprochen.

# 5.1. <u>Mitteilung des Bürgermeisters - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Köln über die Nutzung des Systems "DiPS.kommunal zur elektronischen Langzeitarchivierung</u> 0174/2018

Herr Dr. Eßer erläutert kurz die Vorlage und fügt ergänzend hinzu, dass der Rat der Stadt Köln am 5. Juli 2018 über die öffentlich-rechtliche Vereinbarung entscheide. Im Haupt- und Finanzausschuss sei die Frage nach der Kapazität des Systems gestellt worden. Gemäß Vereinbarung sei mit den Grundkosten die Nutzung von 0,5 Terabyte abgedeckt. Darüber hinausgehende Bedarfe würden gesondert in Rechnung gestellt. Der Datenbestand hätte derzeit eine Größe von 1,4 Terabyte. Da aber nicht alle digitalen Daten, wie Scans von Fotos usw., in einem aufwändigen elektronischen Langzeitarchiv als digitale Originale auf Dauer aufbewahrt werden müssten, reichten die 0,5 Terabyte vorerst aus.

### 6. Sachstand Schulsanierungen

Herr Martmann gibt einen Überblick über die Baumaßnahmen an den Bergisch Gladbacher Schulen und Sportanlagen:

- Die Fertigstellung der Gesamtsanierung der Otto-Hahn-Schulen erfolge in der zweiten Hälfte 2019, Kosten etwa 27 Mio. Euro. Dazu kämen die Kosten für die Außenanlagen und die Pausenhallen i.H.v. etwa 3 Mio. Euro (zweiter Bauabschnitt).
- Die Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums sei derzeit in der Planungsphase. Sanierungsbeginn sei in der zweiten Hälfte 2019. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 24,5 Mio. Euro.
- Die Sanierung der Turnhalle Sand, Kosten 1,5 Mio. Euro, werde Ende 2018 beendet sein. Die Verzögerung sei auf den stark nachgefragten Baumarkt zurückzuführen. Bei verschiedenen Schlüsselgewerken seien auf die Ausschreibungen keine Angebote eingegangen, so dass man erneut habe ausschreiben müssen.
- Beim Neubau der GGS Bensberg befinde man sich derzeit in der Vorplanung. Der Maßnahmebeschluss werde in Kürze dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vorgelegt. Mit diesem Neubau inkl. Räumlichkeiten für den Offenen Ganztag und andere Nebeneinrichtungen würde ein Standard gesetzt für die anderen Grundschulen, die in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten auch evtl. neu gebaut werden müssten.
- Mit dem Bau der Doppelturnhalle am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium werde im September 2018 begonnen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,3 Mio. Euro. Es werde mit einer Bauzeit von einem Jahr gerechnet.
- Der Beginn der Sanierung der Sporthalle am Albertus-Magnus-Gymnasium, Gesamtkosten 2,5 Mio. Euro, sei für den Sommer 2019 geplant.
- Ebenso solle die Sanierung der Sporthalle Feldstraße, Gesamtkosten 3,6 Mio. Euro, im Sommer 2019 beginnen. Die Bauzeit werde hier ca. 1,5 Jahre betragen.
- Insgesamt betrügen die Sanierungen und Neubauten im Schul- und Sportbereich ca. 65 Mio. Euro.

Auf die Frage von Frau Lehnert, ob die nötigen Umbaumaßnahmen für den Offenen Ganztag bis zum Schuljahresbeginn abgeschlossen seien, antwortet Herr Martmann, diese Maßnahmen hätten eine hohe Priorität. Die Verwaltung bemühe sich, alles zeitgerecht abzuschließen. Allerdings sei auf Grund der derzeitigen Baumarktlage nicht auszuschließen, dass es zu Verzögerungen kommen könne.

Frau Scheerer möchte gerne wissen, ob durch den Sporthallenbau am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium noch genügend Schulhoffläche für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehe.

Herr Rockenberg erklärt, bei der Planung habe man darauf geachtet, dass so wenig Fläche wie möglich wegfalle. Auch werde derzeit geprüft, ob die Schulhoffläche in die angrenzende Grünanlage umweltverträglich erweitert werden könne.

Herr Komenda hat eine Nachfrage zur Fertigstellung der Otto-Hahn-Schulen. Bisher sei von einer Fertigstellung im März/April 2019 ausgegangen worden. Nun sei von der zweiten Hälfte 2019 die Rede. Ferner möchte er wissen, aus welchen Mitteln die Sanierung der Sporthalle Feldstraße finanziert werde, da in dieser Halle ja Flüchtlinge untergebracht gewesen seien. Und zum dritten möchte er wissen, ob bei der Sanierung der Sporthalle am Albertus-Magnus-Gymnasium (AMG) auch mit Überraschungen (Dach, Statik) zu rechnen sei, wie bei der Sanierung der Sporthalle Herkenrath.

Herr Martmann teilt mit, die Sanierung der Sporthalle Feldstraße, die schon vor der Unterbringung der Flüchtlinge sanierungsbedürftig gewesen sei, werde über das Programm "Gute Schule" finanziert. Bezüglich der Sanierung der Sporthalle am AMG möchte er anmerken, dass man bei Sanierungen immer mit nicht zu erwartenden Schwierigkeiten zu rechnen hätte. Er glaube aber, dass beim AMG evtl. Überraschungen so weit wie möglich abgedeckt seien. Die Gründe für die Verzögerung bei der Sanierung der Otto-Hahn-Schulen seien auf den derzeitigen Baumarkt zurückzuführen. Auch habe man mit Problemen u.a. bei der Beton-Sanierung, statischen Problemen und

dem Ausfall eines Auftragsnehmers zu kämpfen. Bei einer solchen Großbaumaßnahme müsse man immer mit neuen Schwierigkeiten rechnen, die zu regeln seien. Daher habe sich der Zeitpunkt der Fertigstellung in die zweite Hälfte 2019 verschoben.

Frau Lehnert hat noch eine Nachfrage, ob man bei den Planungen für die Gymnasien die Rückkehr zu G9 berücksichtigt habe.

Herr Rockenberg erläutert, der Bedarf entstehe faktisch ab 2024. Leicht wäre es zu sagen, in den Schulen sei G9 "drinn gewesen, also passe G9 auch wieder rein", außer beim Otto-Hahn-Gymnasium. Allerdings habe sich die Schullandschaft auch räumlich verändert. Dieses Thema müsse man zukünftig im Blick haben. Heute sei es aber zu früh darüber im Detail nachzudenken.

### 7. <u>Präsentation der Ergebnisse der Projektgruppe der FHöV zum Thema "Wiekommt die Kultur zu den Jugendlichen"</u>

Herr Neu begrüßt die Projektgruppe der FHöV sowie den zuständigen Prof. Dr. Pabst und bittet um den Vortrag.

Marie Görtz, Linda Hillbrandt und Saskia Anger tragen die Präsentation mittels einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Herr Neu dankt den Studentinnen für ihren Vortrag.

Frau Bischoff hat eine Nachfrage zu der Umfrage bei den besuchten Kulturveranstaltungen. Sie möchte gerne wissen, nach welchen Kriterien diese ausgesucht worden seien und ob es sich dabei speziell um Veranstaltungen für Jugendliche gehandelt habe.

Frau Görtz erklärt, im Zeitraum der Erstellung der Projektarbeit (Mitte April bis Mitte Juni) hätten leider nicht so viele Veranstaltungen für Jugendliche stattgefunden. Sie hätten keine spezielle Auswahl getroffen, sondern auf Grund der geringen Anzahl alle besucht.

Frau Lehnert interessiert, nach welchen Kriterien die Projektgruppe die Schulen / SchülerInnen für die Befragung ausgesucht hätten.

Frau Anger antwortet, alle weiterführenden Schulen seien angefragt worden. Aber leider habe es nicht von allen eine positive Rückmeldung oder überhaupt eine Rückmeldung gegeben. Sie seien in alle Schulen gegangen, die zugesagt hätten, hätten von den Schulleitungen auch die Klassen genannt bekommen, aber auf Grund von Klausuren hätten sie nicht jede Klasse befragen können.

Auf die Frage von Herrn Komenda, ob bei den Jugendlichen, die noch nie eine Kulturveranstaltung besucht hätten, nach den Gründen gefragt worden sei, antwortet Frau Anger, danach sei im Fragebogen nicht gefragt worden. Allerdings sei auf Nachfrage erklärt worden, was mit Kulturveranstaltung gemeint sei.

Frau Dr. Paduch möchte gerne wissen, ob es eine Aufschlüsselung nach Schulart gebe und ob die Aspekte "bildungsfern" und "bildungsnah" mit berücksichtigt worden seien.

Frau Hillbrandt erläutert, in der Projektarbeit seien die Ergebnisse auch für jede Schule dargestellt. Eine weitere Analyse nach bildungsfern bzw. bildungsnah habe aber nicht stattgefunden.

Herrn Kraus interessiert, wie die Projektgruppe den Begriff Kulturveranstaltung räumlich definiert habe. Frau Görtz erklärt, sie hätten sich in ihrer Befragung auf Kulturveranstaltungen in Bergisch Gladbach beschränkt.

### 8. Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen im Schuljahr 2018/19 0123/2018

Herr Neu erinnert daran, dass dieser Tagesordnungspunkt zusammen mit dem TOP Ö13.1 - dem Antrag der FDP-Fraktion - behandelt werde.

Frau Liebmann teilt mit, nach jetzigem Stand werde man 2915 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot anbieten können. Durch zusätzliche Aufnahmen und kleinere Umbaumaßnahmen an einzelnen Standorten habe man weitere Plätze schaffen können. 42 Plätze würden derzeit noch fehlen. Vor zwei Monaten habe diese Zahl noch bei 200 gelegen. Die Versorgungsquote liege bei ca. 70 %. Auch wenn mehr Plätze geschaffen würden, müsse die Quote nicht unbedingt deutlich steigen, da auch die Anzahl der Kinder steige.

Herr Komenda und Frau Lehnert sprechen der Verwaltung ihren Dank aus.

Auf die Rückfrage von Frau Lehnert, ob auch alle beantragten Plätze laut Beschlussvorschlag gefördert werden könnten, bestätigt Frau Liebmann, dass alle zum Stichtag belegten Plätze auch vom Land gefördert würden.

Frau Winkels dankt der Verwaltung ebenfalls. Allerdings sei es schade, dass die Eltern zuerst aus der Presse von den Entwicklungen erfahren würden, selber aber erst sehr spät informiert würden. Dies würde zu Beschwerden führen.

Herr Neu bestätigt dies. Auch die Politik erfahre Ergebnisse öfters zuerst aus der Presse. Dies sei sehr unbefriedigend. Er habe bereits mit dem Herrn Bürgermeister darüber gesprochen. Die städtische Informationspolitik müsse diesbezüglich verbessert werden.

Frau Scheerer schließt sich für ihre Fraktion den beiden Vorrednern an.

Frau Glaman-Krüger erklärt, die FDP zeige sich erfreut über die Bestrebungen der Verwaltung Abhilfe zu schaffen. Nichtsdestotrotz handele es sich um eine Verwaltung des Mangels. Es werde viel Energie darauf verwendet, die Symptome zu beheben. Man laufe der Entwicklung hinterher. Es fehle ein schlüssiges Gesamtkonzept, sonst stehe man im nächsten Jahr wieder vor derselben Problematik. Auch müsse der Schulentwicklungsplan zwischenzeitlich angepasst werden. Bei den Beratungen über den letzten Schulentwicklungsplan habe man noch von Schulschließungen gesprochen, heute würden die Schulen "aus allen Nähten platzen".

Herr Rockenberg teilt mit, es werde aktuell ein integrierter Schulentwicklungsplan für den Primarbereich erstellt, der auch den Offenen Ganztag einbeziehe. Darin würden die prognostizierten Kinderzahlen plus stadteilscharfe Zuschläge und der abgefragte OGS-Bedarfswunsch berücksichtigt. Derzeit würden alle Grundschulen auf die erforderlichen Anforderungen / Ressourcen untersucht. Hierfür habe sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus MitarbeiterInnen der Schulverwaltung, des Jugendamtes und den Bereichen Hochbau und Bauunterhaltung zusammensetze. Die Grundschulen seien für den jetzigen Bedarf – vor allem im Bereich Offener Ganztag – nicht gebaut worden. Es fehle eindeutig an Fläche. Danach müsse eine Entscheidung erfolgen, die auch Mittel binden werde.

Frau Winkels merkt an, durch die im Flächennutzungsplan geforderte weitere Innenverdichtung – auf Grundstücken, auf denen jeweils eine Familie gewohnt habe, entstünden Neubauten für sechs Familien – habe gerade in Refrath zu einer Entwicklung geführt, mit der nicht zu rechnen gewesen sei. Das heiße nicht, dass eine langfristige Planung nicht wichtig sei.

Frau Lehnert stimmt dem zu. Über viele Jahrgänge hätten die Kinderzahlen bei 700 oder auch darunter gelegen. Zu den Zeiten habe man auch über Schulschließungen – auch in Refrath – nachgedacht. Mittlerweile seien es weit über 900 Kinder, auch durch die Zuzüge. Damit seien 200 Kinder mehr zu versorgen. Sie finde, diese Entwicklung habe man nicht voraussehen können. Die Verwaltung habe ihrer Meinung nach die Entwicklung nicht "verpennt", sondern eher immer schon

im OGS-Bereich, sowohl quantitativ wie auch qualitativ über dem Landessoll geplant. Sie halte die "Schelte" so für nicht gerechtfertigt.

Frau Glamann-Krüger hat noch eine Nachfrage zu der auf Seite 80 der Vorlage zu TOP Ö13.1 erwähnten Erhöhung der Bevölkerungsprognose. Danach werde zur Planung künftig die Bevölkerungsprognose zz. um einen Prozentsatz von 1,4 % bezogen auf die gesamte Stadt erhöht. Sie möchte gerne wissen, wie diese Zahl ermittelt worden sei.

Frau Liebmann antwortet, es seien Zahlen aus der Vergangenheit und die realen Kinderzahlen mit einer Prognose abgeglichen worden und so ein städtischer Durchschnitt errechnet worden.

Herr Martmann findet, bei all den Planungen dürfe man auch deren Finanzierbarkeit nicht aus den Augen verlieren. Hier handele es sich um investive Maßnahmen, die nicht vom Land bezahlt würden, sondern aus dem allgemeinen städtischen Etat. Die Landesregierung habe 2005 erklärt, nicht für den Ganztag gebaute Schulen zu Ganztagsgrundschulen umzubauen. Die vom Land zugesagten Mittel für den Bau von Mensen seien völlig unzureichend gewesen. Die Stadt Bergisch Gladbach habe dann mit viel städtischem Geld die 20 Grundschulen mit Mensen ausgestattet. Den eben aufgekommenen negativen "Touch" halte er für ungerechtfertigt. Gemessen am Landesdurchschnitt haben Politik und Verwaltung gut zusammengearbeitet und eine der höchsten Versorgungsquoten in NRW erreicht.

Herr Neu lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig**, ohne Enthaltung, folgende Beschlussempfehlung:

Im Schuljahr 2018/19 werden bis zu 2.962 Plätze im Außerordentlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gefördert.

Die Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr" werden unter Ziffer 8.4 wie folgt geändert: "Die Kindpauschalen werden ab dem Jahr 2018 jeweils zum 01.08. des Jahres um jeweils 3,00 % erhöht."

### 9. Zukünftige Konzeption der Bäderlandschaft in Bergisch Gladbach 0211/2018

Herr Neu begrüßt begrüßt Herrn Manfred Habrunner, Geschäftsführer der Bäderbetriebsgesellschaft und der Bädergesellschaft, und Herrn van der Lucht, die für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Martmann erklärt, die Zuständigkeit des Ausschusses liege in dem Punkt Abriss der Turnhalle und des Bades Mohnweg, weniger in der Frage der Finanzierbarkeit des Neubaus Schwimmbad. Die Verwaltung sei froh diese mit der Bäder GmbH abgestimmte Vorlage vorlegen zu können, da sich hierdurch eine gute Lösung für das Bad Mohnweg ergebe. Der nächste Schritt sei eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die nachweise, dass alle Anforderungen an das Grundstück (Schwimmbad, Turnhalle, Außenanlagen, Schul- und Vereinsbelange) erfüllt werden könnten. Mittel für den Neubau der Turnhalle seien im Haushalt 2019/20 und in die entsprechende mittelfristige Finanzplanung bereits eingebracht. Er würde sich über die Zustimmung des Ausschusses freuen.

Herr Habrunner führt aus, er sei froh, dass in relativer kurzer Zeit ein Konzept erarbeitet werden konnte. Es gebe sicherlich noch einige begrenzende Rahmenbedingungen. Auch er hoffe auf ein positives Votum, dann könne zügig mit der Planung begonnen werden.

Herr Komenda freut sich, dass dieses Thema endlich so konkret werde und bedankt sich für diese hervorragende Vorlage. Er sei sich ziemlich sicher, dass es von der breiten Mehrheit ein positives Votum gebe. Er möchte gerne wissen, ob evtl. ein früherer Termin als 2021 möglich sei. Auch bitte

er darum, wohlwollend zu prüfen, ob der Bau einer Normbahn mit einer Länge von 25 m möglich sei, so wie es aus der Sicht der Schul- und Sportverwaltung erstrebenswert erscheine.

Herr Habrunner erklärt, der in der Vorlage vorgeschlagene Zeitplan sei bereits ambitioniert. Zunächst müsse die Machbarkeitsstudie erstellt werden. Dann müsse das Thema Finanzierung gelöst werden. Dieser Themenkomplex habe auch Auswirkungen auf den Zeitplan. Dazu kommt noch der Aspekt der personellen Kapazitäten. Es gebe derzeit viereinhalb MitarbeiterInnen in der Verwaltung der Bädergesellschaft, die sich neben den anderen Bädern auch um die Bauvorhaben im Außenbereich des Kombibades kümmerten. Den Wunsch nach einer 25-m-Bahn könne er gut verstehen und nachvollziehen. Dies werde auch geprüft. Der finanzielle Aufwand für sechs 25-m-Bahnen sei natürlich höher als für vier 16-m-Bahnen; dies sei zu berücksichtigen.

Herr Kraus dankt Herrn Habrunner für die Erläuterungen. Die CDU-Fraktion schließe sich den Ausführungen von Herrn Komenda vollumfänglich an und begrüße ebenfalls die Vorlage. Er hoffe, dass die Schwimmbahnausstattung noch optimiert werden könne. Persönlich möchte er anmerken, er bedaure, dass nicht alle Schulen Schwimmunterricht anböten. Er halte es für sinnvoll, dass, wenn die Stadt Schwimmwasserflächen zur Verfügung stelle, diese auch wirklich von allen Schulen in Anspruch genommen würden, um die Schwimmerlernung und -verfestigung auch auf breite Beine aufzustellen.

Auf die Frage von Frau Stark, ob das neue Schwimmbad in den Zeiten, die nicht von Schulen und Vereinen genutzt würden, für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte, antwortet Herr Habrunner, das Bad werden von morgens bis in die Abendstunden nahezu durchgängig von Schulen und Vereinen genutzt. Freie Kapazitäten für öffentliches Schwimmen sehe er derzeit nicht.

Frau Glamann-Krüger erklärt, die FDP-Fraktion halte die jetzt getroffene Lösung für sehr gut. Sie möchte gerne noch wissen, warum sich der Kreis als Träger der Schule nicht an der Finanzierung der Turnhalle beteilige.

Herr Martmann erläutert, die Halle werde von verschiedenen Schulen und Vereinen genutzt. Zu Zeiten des Trägerwechsels habe man versucht, die Schule komplett an den Kreis zu verkaufen. Der Kreis habe dies abgelehnt. Infolgedessen sei die Stadt Bergisch Gladbach leider nur Vermieter. Bei einer Nutzung der Turnhalle durch die Schule werde die Stadt entsprechende Nutzungsgebühren mit dem Kreis vereinbaren.

Herr Neu lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig**, ohne Enthaltung, folgenden <u>Beschlussempfehlung</u>:

- Die Vertreter der Stadt in den Gremien der B\u00e4dergesellschaft werden angewiesen, die Gesch\u00e4ftsf\u00fchrung damit zu beauftragen, im Anschluss an die bereits etatisierte und eingeleitete Sanierung des Kombibads Paffrath (2018: Ausschreibung und Durchf\u00fchrung der Planung f\u00fcr Au\u00dbenbereich Kombibad; 2019/2020: Durchf\u00fchrung der erforderlichen Arbeiten im Au\u00dbenbereich Kombibad) folgende weitere Ma\u00dbnahmen zu projektieren:
  - 1.1. Abriss und Neubau Bad Mohnweg (Variante D, im Einzelnen vgl. Ziffer 2 der Begründung)
  - 2019 Ausschreibung und Durchführung der Planung für Bad Mohnweg
  - (Anfang 2021 Abriss Bad Mohnweg durch den Immobilienbetrieb)
  - 2021/2022 Durchführung der erforderlichen Neubauarbeiten Bad Mohnweg
  - 1.2. Sanierung Hans-Zanders-Bad
  - 2023 Ausschreibung Sanierung Hans-Zanders-Bad
  - 2024/2025 Durchführung der Sanierungsarbeiten Hans-Zanders-Bad

- 2. Die Finanzierung ist auf der Basis der Wirtschaftsplanung der BELKAW zu konzipieren. Für die Finanzierung des Kapitaldienstes stehen die Ausschüttungen der BELKAW und die Pachtzahlungen der Bäderbetriebsgesellschaft zur Verfügung. Erforderlichenfalls sind auch Mittel aus den Fonds hinzuzuziehen. Der FB Finanzen und die Geschäftsführung der Bädergesellschaft werden beauftragt, die Kreditfinanzierung der notwendigen Investitionen zu konkretisieren, wobei die Liquidität der Bädergesellschaft soweit wie möglich zu schonen ist.
- 3. Das Bad Mohnweg verbleibt bis zu seiner notwendigen Schließung in der Betriebsführung und im Betriebsvermögen des Immobilienbetriebs und wird von diesem nach seiner Außerbetriebnahme abgerissen. Durch den Immobilienbetrieb werden keine größeren Investitionen mehr getätigt. Nach Abbruch des Gebäudes wird das Grundstück an die Bädergesellschaft übertragen.
- 4. Da die Turnhalle Mohnweg mit dem Bad Mohnweg im Verbund gebaut wurde und wirtschaftlich nicht mehr saniert werden kann, muss sie ebenfalls abgerissen und ersetzt werden. Der Immobilienbetrieb wird beauftragt, den Neubau der Turnhalle in der mittelfristigen Investitionsplanung für die Jahre 2021/2022 zu berücksichtigen.

### 10. <u>Aktionsplan Inklusion 2018 – 2022</u> 0164/2018

Herr Komenda merkt zum Punkt schulische Aufgaben im Rahmen von Inklusion an, dass für eine richtige Betreuung der Kinder mit Behinderung auch entsprechende Räumlichkeiten wie z.B. Therapieräume benötigt würden. Allerdings beteilige sich der LVR finanziell nicht an entsprechenden Umbauten, den Einrichtungen von Therapieräumen usw. Der Schulträger habe die entsprechenden Mittel aber auch nicht. Vielleicht müsse man noch einmal an den LVR herantreten.

Herr Neu empfiehlt, über die Politik Einfluss auf den LVR zu nehmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig**, ohne Enthaltung, folgenden Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt den Aktionsplan Inklusion 2018 – 2022 in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung.

### 11. <u>Stadtbücherei - Jahresbericht 2017</u> 0196/2018

Frau Gippert trägt ihren Bericht mittels einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Neu dankt Frau Gippert für ihren Vortrag.

Frau Bischoff dankt Frau Gippert ebenfalls für ihre sehr überzeugende Präsentation. Es sei ein sehr positiver Trend in der Stadtbücherei erkennbar, kreativ und wachsam für den Markt. Die MitarbeiterInnen der Kultureinrichtung Bücherei hätten ein unglaubliches Leistungswachstum aus sich heraus geschaffen. Auch die Einbindung von sozialen Medien sei gelungen. Die Bedürfnisse der Bergisch Gladbacher Bevölkerung würden aufgegriffen. Dafür danke Sie Frau Gippert und ihrem Team. Sie freue sich schon auf das Leistungsspektrum in der neuen Bücherei.

Herr Komenda schließt sich dem Lob an und hofft, dass das große Engagement in naher Zukunft mit einer neuen Bibliothek im neuen Stadthaus honoriert werden könne.

Frau Scheerer schließt sich ihren Vorrednern an. Sie möchte gerne wissen, über wie viel Fläche die neue Bibliothek im Stadthaus verfüge und ob es auch einen Veranstaltungsraum gebe. In der jetzigen Bibliothek müsse erst immer freier Raum durch "Wegräumen" geschaffen werden.

Herr Martmann erklärt, die Bibliothek sei ein fester Bestandteil des neuen Stadthauses. In dem Bereich, der für das neue Medienzentrum vorgesehen sei, werde es auch einen Veranstaltungsbereich geben. Wie dies genau gestaltet werde, hänge von den Architektenentwürfen ab.

Frau Glamann-Krüger schließt sich ebenfalls dem Lob an. Sie habe noch eine Nachfrage zu der Einnahmeposition "Erstattung Bildstelle" (Seite 66). Sie möchte gerne wissen, wie diese deutliche Steigerung zustande komme.

Frau Gippert erläutert, die Stadtbücherei habe die Kreisbildstelle bei der Zusammenlegung von Stadt- und Kreisbücherei Anfang der 90iger Jahre vom Kreis übernommen. In anderen Städten / Kreisen sei dies nicht an die Bibliotheken gekoppelt. Über die Bildstelle könnten die Schulen DVD's mit Vorführrechten ausleihen. Auch das Herunterladen von Schulmaterialien und die Verwaltung der Zugänge für die Schulen für das Programm Edmond – Medien für Schulen – bzw. der Kauf von Lizenzen würden über die Bildstelle abgewickelt. Von den anderen Kommunen erhebe die Stadtbücherei für diese eigentliche Kreisaufgabe Gebühren. Ab 2017 habe man auch den Bergisch Gladbacher Schulen eine Gebühr in Rechnung gestellt, da dies keine Leistung aus dem freiwilligen Bereich sei, sondern die Erledigung einer Kreisaufgabe.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

# 12. Nutzungsmöglichkeiten des Kellergeschosses der Integrierten Gesamtschule Paffrath für Vereine aus Sport und Kultur 0242/2018

Herr Martmann teilt mit, die Verwaltung habe sich sehr bemüht, dem Bergisch Gladbacher Billard-Club 1926 e.V. zu helfen. Allerdings habe die Schule Eigenbedarf angemeldet. Ferner entstünde durch die Aufhebung des Bestandsschutzes ein aus Sicht des Immobilienbetriebes unverhältnismäßig hoher finanzieller Aufwand. Daher könne dem Antrag auf Erweiterung der bestehenden Räumlichkeiten nicht entsprochen werden.

Herr Dr. Vogel teilt mit, der Bergisch Gladbacher Billard-Club 1926 e.V. sei an ihn herangetreten mit der Frage der Vertagung, bis die Schule einen belastbaren Flächenbedarf vorgelegt habe.

Herr Martmann antwortet, der Flächenbedarf der Schule liege vor. Die Bedürfnisse der Schule hätten Vorrang. Dazu komme aber noch – wie schon gesagt, dass die Stadt durch die Erweiterung der vom Billard-Club genutzten Räumlichkeiten den Bestandsschutz im Rahmen des Brandschutzes verliere und erheblicher finanzieller Aufwand für die Stadt entstünde. Auch wenn die Intention des Vereins nachvollziehbar sei, habe die Stadt hier keinen Handlungsspielraum.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig**, ohne Enthaltung, folgenden <u>Beschlussempfehlung</u>:

- Vom Grundsatz her dienen Lagermöglichkeiten in Kellergeschossen von Schulgebäuden primär den Schulen. In begründeten Ausnahmefällen können diese zum Zwecke der Sport- und Kulturförderung durch die Stadt vermietet oder verpachtet werden.
- Dem konkreten Antrag des Bergisch Gladbacher Billard-Club 1926 e.V. auf Erweiterung der Räumlichkeiten angrenzend an die bestehenden Räume kann aufgrund der dargestellten Gründe nicht entsprochen werden.

### Anträge der Fraktionen

## 13.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 "Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!" 0208/2018

Herr Komenda teilt mit, grundsätzlich finde er den Antrag gut. Die Gewichtung der Kriterien, wie sie Bad Honnef anwende, halte er jedoch für problematisch, da er deren Überprüfbarkeit für schwierig halte. Von daher befürworte er den Vorschlag der Verwaltung. Trotzdem sollte überlegt werden, wie man gewisse Kriterien überprüfbar machen könnte.

Herr Kraus spricht die Optimierung des Online-Anmeldeverfahrens Little Bird an. In diesem Punkt unterstütze er den Antrag der FDP. Seines Wissens werde dieses Programm von den katholischen Trägern derzeit nicht genutzt.

Frau Liebmann teilt mit, die Verwaltung sei darüber mit den katholischen Trägern im Gespräch. Es sei davon auszugehen, dass zum kommenden Kindergartenjahr auch diese Träger am Verfahren teilnähmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport schließt sich **einstimmig**, ohne Enthaltung, der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses an.

### 13.2. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion "Pakt für Kultur"

Frau Bischoff erläutert den Antrag. In der Diskussion über den "Pakt der Kultur" hätten die CDUund SPD-Fraktion beschlossen, die Verwaltung mit der Erstellung eines Kennzahlensystems für jede Kultureinrichtung zu beauftragen. Am Beispiel der Musikschule müsse überlegt werden, welche Ziele angestrebt würden: mehr Einzelunterricht oder mehr Gruppenunterricht, Unterricht für Kinder oder eher für Erwachsene usw. Quantitative und qualitative Kennzahlen erleichterten die Zielsteuerung und deren Kontrolle. Ferner solle die Verwaltung den entsprechenden Finanzbedarf für die anhand von Kennzahlen fokussierten Ziele ermitteln.

Herr Rockenberg erklärt, bei der Erstellung der Konzeption für die Musikschule würden verschiedene Ziele und damit auch verschiedene Varianten mit ihren jeweiligen Kennzahlen und dem individuellen Finanzbedarf erarbeitet. Über diese müsse dann diskutiert und letztendlich entschieden werden. Die Erarbeitung von Kennzahlen für die anderen Kultureinrichtungen erfolge dann sukzessive.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt **einstimmig**, ohne Enthaltung, für den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion.

### Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Bischoff erinnert an ihre Anfrage, die sie vor einiger Zeit gestellt habe, ob das Bergische Museum Räume im Ratskeller Bensberg für weiterführende Projektarbeiten oder Archivzwecke nutzen könne. Hier bitte sie um einen Sachstand. Zum anderen regt sie an, ob nicht bei der Schulbegehung im Rahmen der Erstellung des Schulentwicklungsplanes der Raumbedarf der Musikschule mitbetrachtet werden könne.

Herr Rockenberg antwortet, im Ratskeller stünden drei teilweise auseinanderliegende Raumanteile für das Bergische Museum zur Verfügung. Nach Rücksprache mit der neuen Museumsleiterin Frau Brauer würden diese Räume dann entsprechend belegt. Zum Raumbedarf der Musikschule an den Schulen erläutert er, das Thema sei präsent. Allerdings seien die Grundschulen zu 90 % durch die

OGS räumlich ausgelastet. Derzeit plane man drei bis vier Schwerpunktschulen zu suchen, die auch über eine entsprechende Hausmeisterversorgung verfügten.

# 14.1. <u>Anfrage der FDP-Fraktion Datenschutz-Grundverordnung DSGVO und Breitbandversorgung/schnelles Internet an Schulen</u> 0244/2018

Frau Glamann-Krüger bedankt sich für die ausführliche Antwort der Verwaltung.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:06 Uhr.

Gez. Gerhard Neu Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport Gez. Petra Weymans Schriftführerin